

## **Deutschland und Frankreich in der Eurokrise: Unterschiedliche Interessen, gemeinsame Zukunft**

*Rémi Bourgeot und Stephanie Schulze<sup>1</sup>*

Der Erhalt – oder die Neukonstituierung – eines europäischen Währungssystems hängt nicht allein vom politischen Willen oder von zwischenstaatlichen Kompromissen ab. Es ist vor allem eine Frage gemeinsamer Visionen. Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise kommen Frankreich und Deutschland – jeder auf seine Weise und trotz grundsätzlich stark voneinander abweichender Perspektiven – zu der gleichen Einsicht: Die wirtschaftliche Entwicklung und Stabilität des Kontinents bedürfen einer Umstrukturierung der europäischen Industrielandschaft.

Es mag erstaunen, dass mehrere Länder der Peripherie der Eurozone, die jetzt am stärksten von der Schuldenkrise betroffen sind, am Vorabend des Konkurses von Lehman Brothers als „Musterschüler“ nicht nur hinsichtlich ihrer Haushaltsführung sondern auch in Bezug auf ihre wirtschaftliche Dynamik galten. Im Jahre 2007 belief sich die Verschuldung Irlands, des „keltischen Tigers“, auf gerade einmal 25 Prozent seines BIP und die Spaniens auf 36 Prozent gegenüber voraussichtlich 94 Prozent bzw. 63 Prozent im Jahr 2010.<sup>2</sup> Beide Länder hatten eine wirtschaftliche Strategie nach dem Vorbild der USA verfolgt, die auf privater Verschuldung basierte, welche wiederum die Immobilien- und Finanzblase nährte und Wachstumszahlen hervorbrachte, die von den grundlegenden Wirtschaftsdaten völlig entkoppelt waren. Ob direkt durch die notwendige Rettung von Banken oder indirekt durch die Schäden, die der Realwirtschaft zugefügt wurden, stellen diese Exzesse privater Verschuldung einen Hauptfaktor des Kontrollverlustes über die öffentlichen Finanzen in Europa und in den USA dar.

Darüber hinaus verzeichnen die betroffenen Länder (Irland, Spanien, Portugal, Griechenland) Handelsdefizite, so dass eine Anpassung der Löhne und Gehälter oft nicht nur als Instrument für eine Bereinigung der Haushalte sondern auch zur Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit eingesetzt wird. Dadurch werden die europäischen Absatzmärkte weiter geschwächt. Ohne die Möglichkeit, auf das Instrument der Abwertung zurückzugreifen, schaffen es diese Länder angesichts der Divergenzen innerhalb der Eurozone in Bezug auf die Wirtschaftspolitik ebenso wie auf die Wettbewerbsfähigkeit nicht, den Weg zu einer industriellen Umstrukturierung einzuschlagen. So hat sich ein Teufelskreis etabliert, der die gemeinsame Währung in ihren Grundfesten angreift.

---

<sup>1</sup> Rémi Bourgeot ist Wirtschaftswissenschaftler und Experte für Schwellenländer. Stephanie Schulze ist Managerin im Bereich „Political Affairs“ bei Airbus Hamburg. Der Text wurde im Januar 2011 verfasst und gibt ausschließlich die persönliche Meinung der Autoren wieder.

<sup>2</sup> IMF World Economic Outlook Database, Oktober 2010  
([www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/weodata/index.aspx](http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/weodata/index.aspx)).

Überlegungen zur Zukunft der europäischen Währung und ihrer Stabilität müssen daher in den Kontext einer Betrachtung der Industrielandschaft der beteiligten Länder gestellt werden. Die Frage lautet, ob die Stabilisierung des europäischen Währungssystems und die Reindustrialisierung eine Spaltung der Eurozone und die Schaffung eines „Kern-Euros“ erfordern oder ob die Lösung lautet, zu den Landeswährungen zurückzukehren. Gibt es eine realistische Alternative, die dieses wirtschaftliche und politische Dilemma auflöst?

Frankreich und Deutschland weichen aufgrund ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen Modelle in ihrer Antwort auf diese Fragestellungen voneinander ab. Frankreich mit seiner robusten Binnennachfrage hat eine kritische Stufe der Deindustrialisierung erreicht und leidet deshalb besonders unter den Phasen der Aufwertung des Euro. Ein Euro des „harten Kerns“ (Frankreich, Deutschland, Österreich, Benelux-Länder), der die Peripherie ausschließt, würde gegenüber dem heutigen Stand eine starke Aufwertung erfahren und ähnlich dem Yen oder dem Schweizer Franken zu einer neuen „Zufluchtwährung“ in Krisenzeiten werden. Diese Aufwertung würde, durch ihre nachteilige Auswirkung auf die französische Industrie und damit indirekt auch auf den Staatshaushalt, Frankreich seinerseits zum Ziel von Spekulation machen und es zwingen, den „Kern-Euro“ zu verlassen. Ein „Kern-Euro“ unter Ausschluss der Peripherie kommt für Frankreich als Lösung daher nicht in Frage. Aus Sicht vieler europäischer Staaten sind die peripheren Länder nicht ausschließlich eine Gefährdung für die Stabilität des Euro, sondern zugleich wichtige Faktoren einer Lösungsstrategie für das Problem der Überbewertung der Gemeinschaftswährung. Mangels der Steuerung des Wechselkurses durch die EZB und angesichts unlauterer Währungs- und Handelspraktiken bildet die Peripherie paradoxerweise einen der wenigen europäischen Stabilisatoren angesichts der wiederholten Höhenflüge des Euro gegenüber dem Dollar und der an ihn gekoppelten Währungen, wie dem Yuan.

Die deutsche Wirtschaft ist im Unterschied zur französischen stark auf Exporte ausgerichtet. Darüber hinaus hat sich ihre Struktur in den letzten Jahren deutlich gewandelt: Heute werden aus Mitteleuropa (außerhalb der Eurozone) Rohstoffe und Vorprodukte importiert und die Endprodukte in Richtung der traditionellen Handelspartner in der Eurozone exportiert. So ergeben sich hohe Handelsbilanzüberschüsse gegenüber Westeuropa, während gegenüber mehreren mittel- und osteuropäischen Ländern, wie z.B. der Tschechischen Republik (2,3 Mrd. Euro)<sup>3</sup>, Ungarn (2,2 Mrd. Euro) und der Slowakei (0,6 Mrd. Euro), Defizite zu verzeichnen sind.

So bewältigte Deutschland bisher die Stärkephasen des Euro sowohl dank seiner Spezialisierung auf Maschinenbau und Hochtechnologieprodukte, als auch durch billigen Einkauf in Osteuropa und Exporte nach Frankreich und in andere Eurozonenländer, die sich nicht durch Währungsschwankungen verteuerten.

---

<sup>3</sup>Aus- und Einfuhr (Außenhandel) Deutschland 2009, Genesis online Datenbank, Statistisches Bundesamt Deutschland ([www-genesis.destatis.de/genesis/online](http://www-genesis.destatis.de/genesis/online)).

Frankreich und Deutschland befinden sich also in sehr ungleichen und manchmal gar konträren wirtschaftlichen Situationen und weichen besonders deutlich in ihrer jeweiligen Haltung gegenüber einer Veränderung der Wechselkurse der gemeinsamen Währung voneinander ab. Ebenso wenig wie Frankreich einen auf die starken Länder begrenzten „Kern-Euro“ kann Deutschland eine Implosion der Eurozone und die Rückkehr zu nationalen Währungen akzeptieren. Denn für Deutschland – ebenso wie für Frankreich – sind die EU-Staaten mit 62 Prozent<sup>4</sup> die wichtigsten Zielländer für Exporte. Die Währungsunion ist für Deutschland eine Garantie der Stabilität des Absatzmarktes ohne den Störfaktor der Wechselkursschwankung. Ohne die gemeinsame Währung sähe sich Deutschland in Folge der deutlichen wirtschaftlichen Unterschiede in der heutigen Eurozone einer Entwicklung zu seinen Ungunsten ausgesetzt: Gegenüber einer neuen, starken D-Mark würden die übrigen europäischen Währungen eine zum Teil erhebliche Wertminderung erfahren. Negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und ihre Marktanteile sowohl in Europa als auch in der Welt wären die Folge.

Zum Vergleich: China – mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von etwas weniger als fünf Billionen Dollar (gegenüber einem BIP von mehr als 16 Billionen Dollar für die gesamte EU<sup>5</sup>) – war im Jahr 2009 Ziel von nur 4,5 Prozent der deutschen und 2,4 Prozent der französischen Ausfuhren. Obwohl zwar bestimmte Branchen der französischen und deutschen Industrie von Exporten in Schwellenländer besonders profitieren, liegt die wichtigste Herausforderung an die Wirtschaftspolitik und die Industrie in Deutschland in der Sicherung des weitaus größten Teils des Absatzmarktes, des Euroraums.

Dennoch scheinen sich Deutschland und Frankreich nur in extremen Situationen, zum Beispiel bei spekulativen Angriffen oder systemischen Risiken in Folge der Aktivitäten ihrer Banken im Rest Europas, auf eine gemeinsame Vorgehensweise einigen zu können. Die Reduzierung des gemeinsamen Handelns auf Dringlichkeitsreaktionen verhindert einen konstruktiven Meinungs austausch und führt langfristig zu Blockaden. Das Fehlen von positiven gemeinsamen Perspektiven gefährdet die Basis der deutsch-französischen Beziehungen und beraubt das deutsch-französische Paar der Fähigkeit, die Rolle eines Motors für die Europäische Union zu spielen. In Zeiten einer erhöhten Instabilität der gemeinsamen Währung, käme dieser Rolle jedoch eine besondere Bedeutung zu.

Es bedarf eines Lösungsansatzes, der nicht nur die verschiedenen europäischen Interessen, insbesondere die deutschen und die französischen, in Einklang bringt, sondern der auch auf einem Mechanismus beruht, der den Ländern in Schwierigkeit wirtschaftliche Erholung ermöglicht und aus dem Modus übereilter Reaktionen ausbricht. Dieser Mechanismus muss in erster Linie eine Lösung für das Problem einer mangelnden Wachstumsperspektive in den

---

<sup>4</sup> WTO Trade Profiles 2009 (<http://stat.wto.org/CountryProfile/WSDBCountryPFHome.aspx?>).

<sup>5</sup>IMF World Economic Outlook Database, Oktober 2010

Krisenländern aufgrund des Zusammenbruchs ihres wirtschaftlichen Modells liefern. Die Sparpläne der öffentlichen Hand und die Lohnzurückhaltung stellen dabei keine wirkliche Lösung dar, da sie die Binnennachfrage unter Druck setzen und deshalb zu einer Verschärfung der Rezession in den betroffenen Ländern führen können. So kann durch diese Instrumente zwar kurzfristig die Zahlungsunfähigkeit vermieden werden, doch sie leisten keinen Beitrag zur Wiederherstellung nachhaltiger wirtschaftlicher Dynamik. Die betroffenen Länder haben keine Möglichkeit, eine im Vergleich zum Kern der Eurozone wettbewerbsfähige Industrie aufzubauen, wenn sie in Krisenzeiten die Gemeinschaftswährung beibehalten.

Folglich sollte es jedem Land möglich sein, in Krisenphasen zeitweilig die Währungsunion zu verlassen, unterdessen aber weiterhin mit einer finanziellen Unterstützung durch die Länder der Eurozone und die EZB rechnen zu können. Die wieder eingeführte nationale Währung würde im Vergleich zum Euro unausweichlich abgewertet, was die Produktion automatisch wettbewerbsfähiger machen würde, ohne in Folge einer Anpassung der Löhne und Gehälter die Binnennachfrage unter Druck zu setzen. Die Regierung des betroffenen Landes könnte dann von dieser Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit profitieren, um in die Umstrukturierung der Industrie zu investieren, die eine notwendige Bedingung für die Rückkehr zu solidem Wachstum darstellt. Die Investition in diesen „industriellen Neustart“ wäre eine ausdrückliche Bedingung der Hilfe der in der Eurozone verbleibenden Länder.

Die Idee ist also keinesfalls, einige Länder ihrem Schicksal zu überlassen oder sie auszuschließen, sondern durch die Abwertung den Druck auf ihre Wettbewerbsfähigkeit abzubauen und ihnen zu helfen, sich auf ein neues Wirtschaftsmodell auszurichten. Allerdings würde die Wertminderung der neuen Landeswährung im Vergleich zum Euro zu einer Erhöhung des Schuldenstands in Euro führen. Falls die Finanzhilfe der anderen Länder und der EZB nicht ausreichen sollte, um diese Situation zu bewältigen, müsste die Möglichkeit einer Umschuldung oder eines Schuldenerlasses ins Auge gefasst werden. Damit könnte vermieden werden, dass sich die öffentliche Hand lediglich auf den Schuldendienst konzentriert, statt in das neue Industriemodell zu investieren.

Der wirtschaftliche Teufelskreis, in dem sich bestimmte Länder momentan befinden, würde derartige Maßnahmen früher oder später ohnehin erzwingen. Wenn ein Land ohne Wachstumsperspektive seine Schulden nicht mehr bedienen kann, wird der Vertrauensverlust an den Märkten die Möglichkeit einer Refinanzierung dieses Staates sowohl kurz- als auch langfristig zunichte machen. Im Fall eines zeitweiligen Ausscheidens aus der Währungsunion und einer industriellen Umstrukturierung könnten sich hingegen positive Konjunkturaussichten für die betroffenen Länder entwickeln. So ließe sich der genannte Teufelskreis durchbrechen und die Staaten könnten erneut die Oberhand über die Kapitalmärkte gewinnen.

Die Solidarität zwischen den Ländern, die in der Eurozone verbleiben, und jenen, die zeitweilig zum Zweck einer Abwertung ihre Landeswährung die Eurozone verlassen, müsste klar formuliert werden. Der Wiedereingliederungsmechanismus (zu einem notwendigerweise vorteilhafteren

Kurs) müsste ebenfalls vorab definiert werden. Diese beiden Punkte würden einer Entkoppelung zwischen dem Wechselkurs des Euro und der Konjunktur in den betroffenen Ländern entgegenwirken. Somit würde eine Aufwertung des Euro, wie sie oben für einen hypothetischen „Kern-Euro“ beschrieben wurde, gegenüber den anderen Währungen der Welt verhindert. Die vorgeschlagene Reform der Zugehörigkeit zur Eurozone hätte den Vorteil einer größeren Stabilität in Krisensituationen gegenüber der Lösung eines harten Kerns, der finanziell vom Rest Europas isoliert und angesichts der Auswirkungen einer Aufwertung auf Ländern wie Frankreich selbst einer Implosionsgefahr ausgesetzt wäre.

Vielmehr würde eine Flexibilisierung der europäischen Währung eine echte Antwort auf die schwierige Lage darstellen, die sich aus dem wirtschaftlichen Ungleichgewicht in der Eurozone ergibt. Dennoch kann dieser Mechanismus, auch wenn er die gemeinsame Währung in ihrem Inneren stärken und krisenfester machen würde, die globalen Handels- und Währungsungleichgewichte nicht auflösen, welche die derzeitige Krise des Eurosystems mit verursacht haben.